

**Antrag 305/I/2021****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesvorstand möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Afghanische Ortskräfte und ihre Familien schützen - Deutschlands humanitäre Verantwortung wahrnehmen**

1 Wir fordern die Bundesregierung auf, noch bevor die Bun-  
2 deswehr aus Afghanistan abgezogen ist, die anhängigen  
3 und noch neu hinzukommenden Anträge der afghani-  
4 schen Ortskräfte und ihrer Familien auf Asyl und humani-  
5 tären Schutz in Deutschland mit hoher Priorität und logis-  
6 tischem Einsatz im Sinne des durch Deutschland politisch  
7 formulierten Schutzziels wohlwollend und zügig zu be-  
8 arbeiten. Bei der Gefährdungsbeurteilung und Einschät-  
9 zung der persönlichen Schutzbedürftigkeit sind die mit  
10 dem baldigen Abzug westlicher Truppen einhergehen-  
11 de fragile und sich rasant verschlechternde Sicherheitsla-  
12 ge sowie der noch immer nicht erfolgreich vorangebrach-  
13 te Friedensprozess zwischen afghanischer Regierung und  
14 Taliban mit den daraus resultierenden Folgen im Sinne der  
15 Betroffenen stärker zu gewichten. Ebenfalls muss die De-  
16 finition der Ortskraft so gefasst sein, dass sie auch jenen  
17 Menschen den Zugang zu Asyl und humanitärem Schutz  
18 in Deutschland gewährt, die zwar de facto für deutsche  
19 oder internationale Akteure gearbeitet haben, aber nur  
20 mittelbar vertraglich an diese wie beispielsweise die Bun-  
21 deswehr, KfW, GIZ, andere Institutionen und Nichtregie-  
22 rungsorganisationen gebunden waren und sind. Die per-  
23 sönliche Gefährdungslage der Ortskräfte und damit auch  
24 ihrer Familien ist dabei entscheidend. Das Verwaltungs-  
25 ermessen deutscher Behörden ist deshalb in den Verfah-  
26 ren im Sinne eines effektiven Schutzes der Menschen weit  
27 auszulegen.

28  
29 SPD-regierte Länder, wie beispielsweise Berlin, haben im-  
30 mer wieder ihre Aufnahmebereitschaft in humanitären  
31 Notlagen gezeigt und stehen weiterhin als sicherer Hafen  
32 bereit, um ihren Anteil zum Schutz der afghanischen Orts-  
33 kräfte und ihrer Familien zu leisten, die unsere Soldat\*in-  
34 nen und zivilen Aufbauhelfer\*innen jahrelang unterstützt  
35 und auch durch ihr Handeln vor Schaden bewahrt haben.  
36 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, in enger Ab-  
37 stimmung mit den Bundesländern, im Sinne der akut be-  
38 drohten Menschen tätig zu werden.

39

**Begründung**

41 Der beschleunigte Abzug der Bundeswehr nach fast zwanzig  
42 Jahren des Einsatzes in Afghanistan markiert in vielfacher  
43 Hinsicht eine Zäsur für Afghanistan und auch uns,  
44 aber auch für die Ortskräfte und ihre Familien, die in all  
45 den Jahren mit ihrer Sprach- und Ortskenntnis, mit ihrem  
46 Einblick in die komplexen gesellschaftlich-politischen  
47 Strukturen des Landes sowie hilfreichen Vermittlungs-

48 diensten wertvolle Beiträge zur afghanischen und west-  
49 lichen Sicherheit, dem Ziel eines friedlichen Afghanistans  
50 und einer gelingenden Aufbauarbeit geleistet haben, von  
51 der viele Menschen, insbesondere Frauen und Jugendliche,  
52 bis heute profitieren.

53

54 Im Lichte des zeitnah bevorstehenden Endes des Bundes-  
55 wehreinsatzes in Afghanistan und der damit einherge-  
56 henden, deutlichen Verringerung westlicher Präsenz im  
57 Land rücken das Schicksal und die persönliche Sicherheit  
58 der noch im Land befindlichen afghanischen Ortskräfte  
59 und ihrer Angehörigen wieder verstärkt ins Blickfeld. Die  
60 Anerkennungsverfahren werden schon länger als zu bü-  
61 rokratisch und langwierig kritisiert. Oftmals führen sie  
62 nicht oder erst sehr spät zum politisch eigentlich formu-  
63 lierten Schutzziel. Hier muss jetzt schnell und nachdrück-  
64 lich in Richtung einer schnelleren Anerkennungspraxis im  
65 Einklang mit unserer Schutzverantwortung umgesteu-  
66 ert werden.

67

68 Diese afghanischen Menschen haben unseren Soldat\*in-  
69 nen und zivilen Aufbauhelfer\*innen in den vielen Jahren  
70 unserer Präsenz vor Ort geholfen sowie auch sonst Ge-  
71 fahren von ihnen abgewandt und waren Mittler zu den  
72 Einheimischen, von denen wiederum viele durch die zivile  
73 Aufbauarbeit unter internationalem Schutz profitiert ha-  
74 ben. Der aktuell immer schneller greifbar werdende west-  
75 liche Abzug führt im Land bereits zu entsprechenden Sor-  
76 gen und schlichter Panik vor der eigenen Zukunft unter  
77 den wieder erstarkenden Taliban. Schon bisher waren vie-  
78 le der als mit dem Westen kooperierend wahrgenomme-  
79 nen Menschen und ihre Familien in realer Gefahr, wurden  
80 bedroht oder sind gar umgebracht worden.

81

82 Berlin hat in humanitären Notlagen immer wieder sei-  
83 ne Aufnahmebereitschaft für Menschen auf der Suche  
84 nach einem sicheren Hafen erklärt, etwa letztes Jahr mit  
85 Blick auf die menschenunwürdigen Verhältnisse in den  
86 Geflüchtetenlagern auf Lesbos und andernorts. Auch jetzt  
87 sollten wir dies wieder tun, um die ersten ermutigenden  
88 Signale seitens der Bundesregierung zu unterstützen, die  
89 sich der Sicherheit der Ortskräfte und ihrer Familien an-  
90 nehmen muss. Die Botschaft soll sein: Berlin steht als si-  
91 cherer Hafen bereit, seinen Anteil bei der Aufnahme die-  
92 ser Menschen zu leisten. Wir stehen zu unserem Schutz-  
93 versprechen, das wir den Menschen gaben, die uns in Af-  
94 ghanistan geholfen haben. Deutschland darf hier, wenn  
95 es seine Schutzverantwortung ernst meint, nicht auf Zeit  
96 spielen, sondern muss im Sinne der schutzbedürftigen  
97 Menschen zügig handeln.